

Bezugsbedingungen und Einzelhefte... Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3...

Vorwärts

10 Pfennig

Dienstag

16. März 1926

Berlin und Umgebungsabteilung... Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Montag bisher bester Tag!

Zum Reich weitere Zunahme. - In Berlin nur schwache Abnahme gegen den Rekordsonntag.

Die Flut der Eintragungen zum Volksbegehren schwillt und steigt in Berlin noch immer. Am Montag blieb das Tagesergebnis nur wenig hinter dem vom Sonntag zurück...

1 277 461

so daß nun bereits die Fünfmilardemillion überschritten ist.

Wir geben hier die Eintragungsziffern aus den 20 Verwaltungsbezirken für Sonnabend, für Sonntag, für Montag und (in Klammern) die Summen aus den bisherigen zwölf Tagen:

Table with 4 columns: Bezirk, Sonnabend, Sonntag, Montag, and Summe. Includes rows for Mitte, Tiergarten, Wedding, etc., ending with Groß-Berlin.

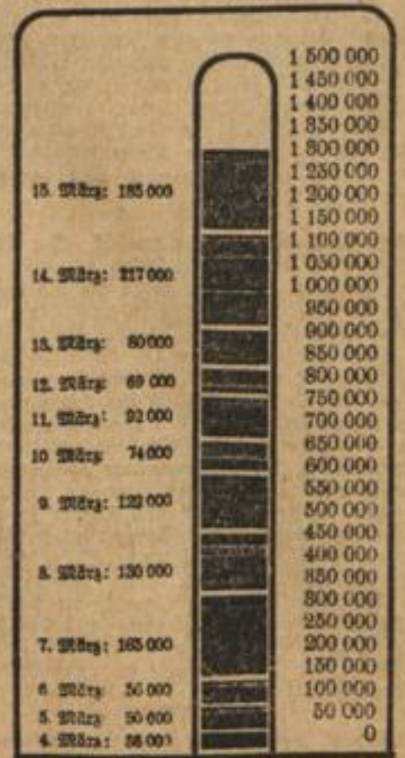
Östliche Berliner Vororte.

Resultate des Volksbegehrens in den östlichen Vororten bis Sonntagabend:

Table with 3 columns: Ort, Wahlberechtigte, and Einzelstimmungen. Includes Ralkberge, Rüdersdorf, etc.

In fast allen Orten sind die Stimmen der beiden Parteien bei den letzten Reichstagswahlen weit überschritten.

Stand des Volksbegehrens in Berlin.



Montag bisher Höhepunkt!

Breslau, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In Breslau hat der gestrige Montag die bisher höchste Einzeichnungsziffer zum Volksbegehren, die am Sonntag erreicht war, noch überschritten. Ueber 23 000 Männer und Frauen trugen sich neu in die Listen ein...

Essen, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis der Eintragungen am Montag brachte in allen Bezirken wesentliche Steigerungen, zum Teil Verdoppelungen. Das Volksbegehren ist zur wahren Volksbewegung geworden...

Brandenburg, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In Brandenburg sind bis Montagabend 17320 Unterschriften zum Volksbegehren vollzogen worden. Die Provinziallandtagswahlen brachten den Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen in Brandenburg 16 610 Stimmen ein...

Mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten!

Chemnitz, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Chemnitz hat am gestrigen Tag 100000 Einzelzeichnungen überschritten. Das sind rund 50 Proz. der gesamten Wählerzahl, eine Ziffer, die bisher von keiner Großstadt erreicht wurde...

Das Zentrum für das Volksbegehren.

Köln, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Montag hat in Köln einen bisher unbekanntem Andrang zu den Einzeichnungslökalen gebracht. Nach den Dienstag früh vorliegenden Meldungen haben sich im Laufe des Montags in Köln mehr als

20 000 Wahlberechtigte eingetragen, so daß bisher über 100 000 Einzelzeichnungen aufgebracht wurden. Obwohl in Erwartung des Andrangs zu den Einzeichnungslökalen in den Abendstunden das Kölner Wahlamt die Zahl der Beamten in den Lokalen verdreifacht und vervierfacht hatte...

Auch die Resultate von Landbezirken bessern sich von Stunde zu Stunde. Prozentual am besten schneiden die rein katholischen Landorte ab. In der Bürgermeisterei Much im Siegbkreis, in der Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen bei der Reichspräsidentenwahl ganze 100 Stimmen aufbringen konnten, sind bisher weniger als 1350 Einzelzeichnungen von 2000 Wahlberechtigten abgegeben worden...

Auf der Redaktion der 'Atheistischen Zeitung' erschien heute morgen eine Abordnung begeisterter junger katholischer Republikaner, die Abzeichen ihrer Überzeugung auf der Brust, um sich für die letzten zwei Tage zur Arbeit für das Volksbegehren zur Verfügung zu stellen. Die frischen jungen Leute sagten, daß sie in einem Kampf für die Rückeroberung des Volkswortens aus räubertischen Fürstentümern mehr Christentum erblickten, als in dem Mammonschah der Hohepriester und Schriftgelehrten.

Von der Wasserfronte.

Hamburg, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Groß-Hamburger Städtegebiet lagen bis Montagabend insgesamt 370 000 Unterschriften vor. Daran ist Hamburg mit 293 000, Altona mit 50 000 und Wandsbek mit 10 000 Unterschriften beteiligt. Bis jetzt haben sich 37,8 Proz. der Wahlberechtigten eingetragen...

Kiel, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In Kiel wurden zum Volksbegehren bis Montagabend 44413 Stimmen gezeichnet. Das sind 33 Proz. der Wahlberechtigten.

Endlich Einigkeit in Genf?

Neuwahl zweier Ratsmitglieder. - Brasilien und Spanien verstimmt.

V. Sch. Genf, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage kann bis auf einen Punkt, Brasilien, als geklärt, die Einigung als perfekt bezeichnet werden. Es fanden heute vormittag verschiedene wichtige Besuche bei der deutschen Delegation statt, insbesondere der des spanischen Vertreters Quinones de León beim Reichskanzler...

Schon machen sich die Merkmale einer allgemeinen Entspannung, namentlich zwischen den Locarno-Mächten, deutlich bemerkbar. Bis zum morgigen Tage, an dem der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund offiziell vollzogen wird, dürften die Spannungen der letzten Tage insbesondere zwischen der deutschen und der französischen Delegation größtenteils überwunden sein.

Der Aufnahmevorgang.

Genf, 16. März. (W.F.B.) Das vom Völkerbundssekretariat herausgegebene 'Journal' gibt bekannt, daß für Mittwoch vormittag 10 Uhr eine Vollziehung der Völkerbundsversammlung zur Entgegennahme des Berichtes der Aufnahmekommission über den Aufnahmeantrag Deutschlands angeht. Die Möglichkeit einer zweiten Vollziehung der Versammlung am morgigen Mittwoch wird durch folgende Ratiz erwähnt: eine zweite Vollziehung wird wahrscheinlich im Laufe des gleichen Tages abgehalten. Der Präsident wird am Ende der ersten Sitzung Tagesordnung und Sitzungsbeginn der zweiten Sitzung bekanntgeben.

Die Schwierigkeiten innerhalb der Kleinen Entente können als endgültig beigelegt betrachtet werden. Die vielfach verbreiteten Gerüchte, wonach die Kleine Entente ihre Zustimmung zu dieser Lösung von einem Verprechen Deutschlands abhängig gemacht hätte, daß Rumänien im September einen provisorischen Sitz erhalte, treffen in keiner Weise zu. Jedenfalls hat Beneš, der als Sprachrohr der Kleinen Entente heute vormittag beim Reichskanzler war, nichts davon gesagt. Es war zwar im Laufe der Besprechung Schuberts mit Loucheur am späten Abend des Montag eine derartige Andeutung vom französischen Unterhändler gemacht worden, die jedoch sofort als unmöglich zurückgewiesen wurde, ohne daß Loucheur darauf zurückkam.

Dagegen soll der spanische Vertreter Quinones de León dem Reichskanzler das gleiche erklärt haben wie auch den übrigen Ratsmächten, nämlich, daß infolge der Ablehnung eines ständigen Sitzes für sein Land Spanien sich dem Völkerbund bis auf weiteres fernhalten würde, ohne jedoch aus dem Völkerbund auszutreten. Es wird natürlich zurzeit noch ein starker Druck von französischer und englischer Seite auf Spanien ausgeübt, um es von diesem Beschluß abzubringen. Doch waren diese Bemühungen bisher erfolglos. Mindestens die gleiche Haltung wird Brasilien einnehmen, aber bei Brasilien wird mit der sehr starken Möglichkeit gerechnet, daß es wegen der Nichterkennung eines permanenten Ratszuges überhaupt aus dem Völkerbund ausscheidet.

Das sind die wichtigsten Merkmale der endgültigen Lösung, die im wesentlichen darauf beruht, daß Schweden seinen Sitz für Holland und die Tschechoslowakei den ihren für Polen freigibt.

Zu dem voraussichtlichen Verlauf der vom Amtsblatt des Völkerbundes angekündigten Sitzungen der Vollversammlung erfahren wir noch folgendes: In der ersten Sitzung wird der Beschluß des Aufnahmeantrages vorgelegt und von seinem Vorsitzenden Chamberlain begründet. Es wird sonst keine weitere Rede gehalten und die Aufnahme Deutschlands einstimmig gutgeheißen. Dann wird die Vollversammlung unterbrochen und dem Rat Zeit zur Beschlußfassung über die Schaffung eines neuen ständigen Ratszuges für Deutschland gegeben. Auch dieser Beschluß wird der Vollversammlung logisch vorgelegt und vermutlich mit sehr großer Mehrheit angenommen. Dann werden Luther, Stresemann und v. Schubert in den Saal geleitet und den 'leeren Stuhl' einnehmen. Die erste Begrüßungsansprache wird der portugiesische Präsident da Costa halten und

dann Briand und Chamberlain die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund feiern. Darauf wird Luther oder Stresemann, auf deutsch, den Willen Deutschlands zur europäischen Friedenspolitik und zur Beachtung der Völkerverbundpflichten bekunden. Nach ihnen werden noch Vertreter kleinerer Völkerverbündeter das Wort ergreifen.

Am Nachmittag findet die erste Ratssitzung unter Teilnahme Deutschlands statt. Hier wird über die Neuernennung der saarländischen Regierung, über den Zusammentritt der Vorkonferenzen für Weltwirtschaftsfragen und für die Abrüstung verhandelt werden, dann werden die Tschchoslowakei und Schweden ihren sofortigen Austritt von dem Ratse erklären. Dann wird die Völkerverbundversammlung am Nachmittag noch einmal zusammentreten, um die Wahlen Polens und Hollands vorzunehmen, bei denen freilich Überraschungen nicht ausgeschlossen sind.

Der Druck auf Brasilien.

Genf, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In den späten Abendstunden des Montags erklärte der Staatssekretär des schwedischen Außenministeriums vor Pressevertretern, daß die Streitfragen über die Ratssitze, soweit Polen in Betracht kommt, als gelöst zu betrachten sind. Schweden, dessen erster Delegierter, Genosse Lindén, am Montag abend aus Stockholm die Ermächtigung erhalten hat, seine Haltung nach eigenem Ermessen der neuen Lage anzupassen, und die Tschchoslowakei, deren Außenminister Beneš von Prag aus in gleichem Sinne ermächtigt wurde, werden gleichzeitig aus dem Rat ausscheiden. An ihre Stelle treten Polen und Holland, deren Sitze mit den anderen nichtständigen Mandaten im September zur Neuwahl stehen. Um sich über die Einzelheiten dieser Frage zu verständigen, suchte abends um 11 Uhr Staatssekretär Schubert in Abwesenheit des Reichstanzlers und Außenministers, die erst um 12 1/2 Uhr nachts von einer Autofahrt zurückkehrten, den französischen Delegierten Loucheur auf.

Die maßgeblichen Besprechungen am Dienstag werden in Anbetracht der Verhandlungen über die inneren Veränderungen im Rat ausschließlich den plötzlich wieder aufgetauchten brasilianischen Wünschen gelten. Briand hat dem brasilianischen Vertreter bereits am Montag auf die Wirkungen seiner Haltung aufmerksam gemacht, und Genosse Vanderelde machte Rello Franco die bittersten Vorwürfe. Vanderelde verwies u. a. auf die unverantwortlichen Konsequenzen der angedrohten Handlungsweise Rello Francos und

die politischen Folgen für Brasilien als Wirtschaftsgebiet und als Völkerverbundmitglied.

Die Einsicht blieb bei Rello Franco trotzdem vorläufig noch aus. Der Rat beschloß deshalb, von dem Vertreter Uruguays, Guani, in der heute vormittag 10 Uhr beginnenden Sitzung einen Bericht über den brasilianischen Antrag auf einen ständigen Sitz entgegenzunehmen. Briands Intervention und der Druck der anderen südamerikanischen Staaten gestatten die Hoffnung, daß der Vertreter Brasiliens seinen Plan aufgibt und sich unter der Zusicherung einer Regelung seines Anspruchs im September zufriedengibt. Im anderen Falle bliebe allerdings wahrscheinlich nichts anderes übrig, als die außerordentliche Tagung des Völkerverbundes trotz der glücklichen Bemühungen zur Beflegung der Streitfragen ergebnislos zu vertagen.

Als Briand am Montag im Kreise seiner Mitarbeiter gefragt wurde, ob er glaube, daß die Überwindung der letzten Schwierigkeiten möglich sei, erklärte er: „Als die Session begann, wurde auch die polnische Frage für unlösbar gehalten und nun hat sich doch eine Lösung gefunden. Das gleiche erhoffe ich in bezug auf Brasilien.“

Die Wahlen zur Bonner Studentenkammer ergaben wieder eine starke Mehrheit der republikanischen Gruppen. Von den 25 Kandidaten fielen den Republikanern 17 zu, während die rechtsstehenden Korporationen sich mit acht Sitzen begnügen mußten. Es ist besonders erfreulich, daß die Bonner Studentenschaft trotz der nach Abzug der Beziehung mit Hochdruck betriebenen rechtsradikalen Agitation ihrer staatspolitischen Tradition treu geblieben ist.

Reformtag im Reich!

Die Einzelzeichnungen im Reich haben am Montag fast überall die Ergebnisse vom Sonntag noch weit übertrifft. In vielen Städten war es angeht der wenigen Eintragsstellen vielen nicht möglich, sich in die Listen einzutragen. In einigen Städten mußten die Eintragsfristen verlängert werden, in anderen wurden die zu den Eintragsstellen drängenden Massen auf heute und morgen verwiesen. Es ist zu erwarten, daß bis zum letzten Tage und zur letzten Stunde die Einzelzeichnungsbewegung in voller Stärke anhält. Ein großer Erfolg!

Nun heißt es, bis zur letzten Stunde mit der Werbung für das Volksbegehren nicht nachzulassen.

Arbeiter und Fürsten.

Ein Durchschnittslohn eines Arbeiters beträgt pro Woche jetzt 30 Mark; d. h. im Jahre 1560 Mark, nach Abzug der Steuer rund 1400 Mark.

Die Fürsten beanspruchen 3 Milliarden Reichsmark. Was heißt das?

Das heißt, daß ein Arbeiter 2 143 000 Jahre dafür arbeiten müßte oder

daß über 2 Millionen Arbeiter ein ganzes Jahr für die Fürsten schufteln müssen!

Es sind 642 900 000 Arbeitstage oder 5 143 200 000 Arbeitsstunden!

Gibt auf diese unverhältnismäßigen Ansprüche die richtige Antwort!

Auf für das Volksbegehren!

Magdeburg, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis Montag abend haben sich in der Stadt Magdeburg 72 936 Personen eingetragen. Der Andrang war teilweise so stark, daß die Leute nicht abgeferigt werden konnten.

Braunschweig, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Stadt Braunschweig sind jetzt 36 000 Unterschriften zum Volksbegehren erfolgt. Damit ist die Zahl der bei der letzten Reichspräsidentenwahl für Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam abgegebenen Stimmen weit überschritten.

Hannover, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In Stadt Hannover wurden bis Montag abend 119 939 Eintragungen vollzogen, das sind mehr als 40 Proz. der Wahlberechtigten.

Halle a. d. S., 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Einzelnamen hat sich bis gestern, Montag abend, auf 41 000 erhöht. Damit haben sich bis gestern abend 31 Proz. aller Wahlberechtigten eingetragen.

Königsberg i. Pr., 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Auch am Montag haben die Eintragungen in Königsberg stark zugenommen. Königsberg hat bis Montag abend 40 200 Eintragungen zu verzeichnen, das sind 20 Proz. der Wahlberechtigten. In Anstettin sind bis Montag 20,5 Proz., in GutsMuth 35 Proz., Worbis 15 Proz., Bartenstein 15 Proz., Angerburg 20,5 Proz. der Stimmberechtigten eingetragen. In einzelnen Landorten im Kreise Angerburg haben sich 40 bis 50 Prozent der Wahlberechtigten eingetragen.

Insterburg, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Stadtkreis Insterburg wurden bis Montag abend 6 Uhr 4708 Einzelzeichnungen vollzogen, das sind 25,8 Proz. der Wahlberechtigten.

Die betrogenen Sparer für das Volksbegehren.

Die Kultur- und Rechtsstaatspartei, Landesverband Halle (ehemalige Aufwertungspartei), erläßt einen Aufruf, in dem Sparer und Rentner zur Einzeichnung für das Volksbegehren auffordert. Es gelte, den Grundgedanken „Gleiches Recht für alle“ durchzusetzen. Niemand dürfe wagen, von Diebstahl oder gar von Raub zu sprechen, wenn das Volk begehrt, was ihm gehört!

Die Ultralinken in der KPD.

Rah und Korisch.

Ueber die ultralinken Strömungen in der KPD. führte Sinowjew in der Tagung des Moskauer erweiterten „Ekti“ u. a. aus:

„Es gibt drei ultralinke Strömungen in Deutschland. Wir wollen abwarten, wie sie sich mit der Zentrale zusammenschließen, wie sie der Zentrale helfen, wie sie die Aufrichtigkeit ihrer Erklärungen durch Taten beweisen. Scholem nahm es übel, daß wir die Intellektuellengruppe der Ultralinken als mildgemordene Kleinbürger charakterisierten. Ist Rah ein mildgemordener Kleinbürger? Rah war eine Kleinbürgerliche Seifenblase, und es blieb ein über Geruch zurück, als die Seifenblase platzte. Anscheinend will Korisch daselbe tun, was Rah getan hat. Wir erklären, daß die Arbeiter, die Korisch folgen werden, für die proletarische Revolution verloren sind, und wir warnen sie, damit sie aus dem Lager der Revolution nicht in das Lager der Konterrevolution übergehen.“

Ferner teilte Bucharin mit, daß sich die Gruppe Scholem-Rosenberg-Konrad gespalten habe, wobei nur Scholem „ultralink“ blieb, und daß sich Urbahns der Ruffischer-Maslow-Gruppe angeschlossen habe. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der die Exekutive aufgefordert wird, die innerparteiliche Demokratie zu verwirklichen.

Der Reichstagsabgeordnete Rah bezeichnet in einer Zuschrift an uns die Behauptung, er habe sich um Anstellung beim Magistrat in Hannover beworben und die Niederlegung seines Mandats in Aussicht gestellt, als falsch. Er führe seit November 1920 gegen den Magistrat Hannover Klage auf Wiedereinstellung. Selbstverständlich sei in Verhandlungen über die arbeitstechnische Seite einer Wiedereinstellung auch die Eventualität der Niederlegung des Reichstagsmandats besprochen, niemals aber von ihm angeboten worden.

Wie uns aus Hannover mitgeteilt wird, verlor der Oberbürgermeister in der Magistratsitzung einen Brief von Rah aus den letzten Tagen, in dem er sich nach detaillierten Vorschlägen für seine Wiedereinstellung bereit erklärt, für den Fall der Wiedereinstellung sein Reichstagsmandat niederzulegen.

Das Armenatzt des Großagrars.

Er besitzt 5700 Morgen!

Der Besitzer eines etwa 5700 Morgen großen Gutes, von der Osten-Fahibed im Kreis Schlawa, klagte gegen seinen Pächter auf Aufhebung des Pachtovertrages und beantragte, wie in einer kleinen Anfrage der kommunistischen Landtagsfraktion ausgeführt wurde, beim Amtsvorsteher Ausstellung eines Armenatztbeschlusses. Als der Amtsvorsteher sich weigerte, diesem Antrag stattzugeben, veranlaßte ihn der Landrat, das Armenatzt auszustellen.

Wie der preussische Minister des Innern, dem „Amtlichen Preussischen Pressedienst“ zufolge, in seiner Antwort ausführte, wies der damalige Landrat des Kreises von Haber tatsächlich den Amtsvorsteher zur Ausstellung eines Armenatztbeschlusses an, und zwar weil sich der Gutsbesitzer von der Osten-Fahibed im Augenblick der Klageerhebung außerhalb befand, die Gerichtskosten für den Prozeß, falls diese 5000 Mark übersteigen würden, sofort zu zahlen. Der Landrat ist bereits im Dezember 1924 von seinem Posten abberufen worden.

Internationaler Verband der demokratischen Parteien. In Paris fand eine Sitzung der Vorstandsmitglieder des „Internationalen Verbandes der demokratischen Parteien“ statt. Vertreten waren sieben Staaten: Deutschland, Frankreich, Dänemark, Belgien, Holland, Griechenland und Polen. Von deutscher Seite waren die Abgeordneten Haas und Heile anwesend. In der Sitzung wurde beschlossen, die nächste Vollversammlung im September in Genf abzuhalten.

200 Millionen Reichsmark für Kleinwohnungen. In einer der letzten Kabinettsitzungen der Reichsregierung wurde einem Gesetzentwurf über die Förderung des Baus von Kleinwohnungen zugestimmt. Die Regierung wird zum Bau von Kleinwohnungen 200 Millionen als Zwischenkredit zur Verfügung stellen.

Walzertraum und Fürstenabfindung.

Ein beliebter Film und seine Deutung.

Als das „Ende“ auf der weißen Wand verblühen war und ich das vollgepfropfte Kino verlassen wollte, hielt mich meine Nachbarin, ich weiß nicht, wer sie war, am Mantel und sagte, es täme noch was. Keulich, als sich Frau Tschaponski aus der zweiten Etage im Seitensüß das Stück angesehen hätte, sei zuletzt ein Mann aufgetreten, der habe gesagt, das wäre eine Schmach mit der Franz, die einfach so gehen zu lassen; das wäre aber so richtig der Dank vom Hause Habsburg. Und da seien der Frau Tschaponski die Tränen gekommen.

Die Lampen brannten wieder, eine Anzahl Frauen umstanden unseren Platz und hörten ernsthaft zu. Ich aber sagte, ich wüßte nichts von dem Mann, müsse übrigens jetzt sofort gehen, wobei ich viel sagend und verbindlich lächelte und tausendfroh war, als ich die fassende Mue nicht mehr hörte.

Huh, war das naßhalt auf der Straße und schmierig und finster. ... Und Franz aus dem Walzertraum hatte nur ein Spigenstück um, als sie das Schloß verließ. Das arme Haisch! Was sie wohl überhaupt in dieser Nacht noch mag ausgestanden haben. Mit ihrem Schmerz mütterseelenalein in der gruseligsten Nacht, während sie oben im Schlaf die rote Ampel zum Hochzeitsglück der beiden leuchtend sah. Ihre Kapelle mag sehnsüchtig auf sie gewartet haben. Von den Fürstlichkeiten aber hat sie niemand vermisst. Und doch hatte nur sie, das arme Kind aus dem Volke, in das herzogliche Schloß das Glück gebracht. Und mit welchen Opfern! Alles hat sie hingegeben: ihr Kleid, ihre Strümpfe, ihre Höschen und ihr Hemd. Und hat zuletzt noch der Prinzessin ihre Liebe geopfert und den geliebten Mann. Nun aber, wo durch ihre Aufopferung der Prinzgemahl in den Armen seiner Frau ruht, kann sie gehen. Le roi s'amuse: der Haisch hat seine Schuldigkeit getan. Franz und der Herzog von Habsburg — das Volk und die Fürsten. Wie komme ich mit einemmal auf diesen Vergleich? — Aber richtig ist er, bestimmt. Und der Mann, von dem Frau Tschaponski erzählt hat, hat recht. Zum Donner, es ist ein Standal!

Als ich heimkam, schrieb ich einen besorgten Brief an Franz, vielleicht habe ich's auch nur geträumt, und prompt, wie nicht anders von diesem Prachtmädel zu erwarten, kam die Antwort: Nein, nur eine hübsche Karte von der Hochzeiteresse hatte sie noch erhalten, und der Hofmarschall hätte ihr sagen lassen, wenn es wieder mal in der Ehe haperte, müsse sie helfen, wofür sie sich aber schön bedanke. Aber böse sei sie über die ganze Sache doch nicht, denn was wäre schließlich aus ihr geworden, wenn die Sache anders rum gegangen wäre? Eine Rätzfel! Und dann hätte sie jetzt auch die Scherzreise mit der Abfindungssumme, und außerdem die Schande, mit jenen Frauenpersonen in einem Atem genannt zu werden. Ich möchte sie aber jetzt entschuldigen, sie müsse heut abend

wieder in Biesedes Bierlokal spielen und wolle sich doch vorher noch in die Liste für das Volksbegehren eintragen. Unbedingt, denn morgen sei der letzte Tag! D. A. Hinterleuchter.

„Künstler daheim.“

Aus Künstlerkreisen wird uns geschrieben: In der sogenannten guten Gesellschaft scheint noch immer die Ansicht vorzuherrschen, daß ein Künstler ein besserer Tagestier sei. Wenigstens wollen bürgerliche Zeitungen ihren gläubigen Lesern die, einen ehrbaren und ungeschlagener Arbeiterstand zutiefst kränkende Meinung immer wieder otronieren. Zu welchen Zwecken — das ist nicht leicht ersichtlich. Traurig genug, daß sich Künstler dazu hergeben, ihr Bild, die dem letzten Bürger von dem „heiteren Kunstvölkchen“ etwas erzählen sollen, Modell zu sitzen. Die seelische und materielle Not der meisten Künstler ist so fürchterlich, so himmelschreiend, ihr Leben, das auf Optimismus aufgebaut ist, wie das keines anderen Berufes, so grauenvoll hoffnungslos, daß die Art einfach als unwürdig zu bezeichnen ist, in der sich z. B. die sogenannten „Brominenten“ von Film und Bühne dem Photographen des „Weltspiegel“ für die Ausgabe vom 14. d. M. gestellt haben. Ganz abgesehen von den Damen — deren eine anscheinend nie etwas anderes zu tun hat, als (ausgerechnet) auf einem kostbaren antiken Tisch neben einer ebenso kostbaren Uhr zu sitzen, während die andere ihre Tage auf dem Sofa in leichtester „Kleidung“ verbringt — haben auch die Herren, denen man eine andere Lebensauffassung wohl zutrauen könnte, nichts Besseres zu tun gewußt, als sich zum Hanswurst ihrer selbst zu machen, indem sie sich dem Kameramann zu albernem Posen darboten. Der große Schauspieler Werner Krauß verstimmt es nicht, zwei Stoffaffen ans Herz zu drücken, Alfred Abel läßt sich mit seiner Tochter in einer geradezu geschmacklosen Weise knipsen. Wenn Künstler sich selbst so lächerlich machen, kann man da es dem „Weltspiegel“ übernehmen, daß er noch auf seine Weise dazu ein Liedriges tut? Er schreibt unter ein Bild: „Conrad Weidt liest seiner Frau aus der Bibel (?) vor.“ Dieses wüßig sein sollende Fragezeichen spricht Bände. Warum soll ein Künstler nicht die Bibel lesen? Heißt „Künstler sein“ nicht an der Lösung der Lebensrätsel mitarbeiten?

Ist denn, zum Teufel, der Beruf eines Künstlers wirklich auf Höflichkeit und Oberflächlichkeit gegründet? Soll wirklich die Welt noch immer nicht wissen, daß der Weg des Künstlers ein Dornenweg ist, voll von unergleichlicher seelischer und geistiger Befastung? Freilich, so lange Künstler noch so wenig Charakter haben, daß sie sich beratt vor der Welt selbst herabwürdigen, kann man von der Welt nicht verlangen, daß sie den Künstlern ihre Armut und ihre Not glaubt. Wenn die Welt wissen wollte, wie's bei den „Künstlern daheim“ wirklich aussieht, dann könnte man ihr Bilder zeigen, die ihr das Herz stoden lassen würden.

Weiße Gott, das „muntere Künstlervölkchen“ von heute sieht anders aus, als es die Konterteile der verunglückten Brominenten im „Weltspiegel“ glauben lassen!

Josef Gels als Don Pasquale. Lotte Schöne hat längst gezeitigt, daß sie eine würdige Vertreterin der Korina-Rolle ist; auch

gestern bewies sie wieder, daß man sie hierin durchaus der Joogin an die Seite stellen darf. Diese zwitternde junge Witwe wurde nun diesmal in der Städtischen Oper dem Don Pasquale alias Josef Gels zum Schein anvermahnt, der so etwas wie ein alter, galanter, aber völlig verbrauchter Staatsmann zu sein schien, der eine Ehe wirklich nur darum noch eingehen will, um seinen widerpenigen Reflex zu ärgern. Und wenn ihm der intrigante Doktor Malatesta nicht auf die schöne und fittsame Braut den Mund gar zu wüßrig machen würde, so wäre sein Verlangen nach Eheglück wohl trotz allem nicht gar zu groß. Selbst seine Verliebtheit, als er dann Korina gegenübersteht, scheint kaum mehr als eine augenblickliche, vor ihrer über Erwarten anmutigen Erscheinung ausgelassene Aufwallung; denn auch des zärtlichsten Lächelns würde dieser Don Pasquale wohl bald überdrüssig werden und sich nach der Ruhe und Besaglichkeit seines Junggelehrtenheims zurückziehen. So läßt die Schlußszene mit seinen Beteuerungen „Ich lasse mich scheiden!“, die doch noch immer wieder mit Järzlichkeitsausbrüchen abwechseln, nicht die Kühlung aus, die man sonst mit dem armen, betrogenen Don Pasquale bisweilen doch empfindet, sondern nur fröhliche Heiterkeit der Hörer, die in diesem hoheren, weltfremd gewordenen Geizhals einen neuen Don Pasquale-Typ gern begrüssen, zumal Gels auch stimmlich seine Rolle durchaus zu vertreten wußte. Den Reflex Ernesto gab Bernhard Bötel mit seinem frischen, wenn auch nicht immer völlig ausgeglichener Tenor glaubhaft als den vertriebenen, guten Jungen. Wilhelm Gutmann als Doktor und Emil Ritsch als Rotar waren die bekanntesten Vertreter dieser Rollen. Der Abend, unter Bruno Walters musikalischer Leitung, brachte vielen Beifall.

Der absolute Nullpunkt beinahe erreicht. Der Tod des großen holländischen Physikers Kamerling Ohnes, Professors an der Universität Leyden, lenkt die Aufmerksamkeit auf die von ihm bis jetzt an die Grenze des menschenmöglichen geforderten Bestrebungen, in physikalischen Laboratorium die Temperatur des Weltalls, d. h. den absoluten Nullpunkt von minus 273 Grad Celsius zu erreichen. Noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit galt der absolute Nullpunkt für unerreichbar. Durch Verflüssigung des Heliums erreichte Kamerling Ohnes minus 268 Grad. Im weiteren Verlauf seiner Versuche gelangte er mittels der Methode, das flüssige Helium in ein Vakuum zu bringen, zu der phantastischen Temperatur von minus 272 Grad, womit also nur noch ein Grad an der denkbar tiefsten Temperatur fehlte. Diese Versuche sind darum so außerordentlich wichtig, weil sich bei diesen tiefen Temperaturen die Eigenschaften der festen Körper grundlegend verändern. So erreichen die Metalle bei fortschreitender Erkaltung eine immer höhere elektrische Leitfähigkeit, ihr elektrischer Widerstand verringert sich fortgesetzt, um schließlich völlig zu verschwinden, so daß selbst der Durchgang sehr hochgespannter Ströme sie nicht mehr erhitzt. Uebrigens erhielt Kamerling Ohnes für seine Versuche in dieser Richtung seinerzeit den physikalischen Nobelpreis.

Spielplanänderung. Anfolge eines plötzlichen Brandstifters findet die Premiere von Paul Rasmus „Das Grabmal des unbekanntesten Soldaten“ im Kleinen Theater am Freitag um 7 1/2 Uhr statt. Die geliebten Karten behalten ihre Gültigkeit.

Die Feme-Untersuchung des Landtags.

Bericht des Untersuchungsausschusses.

Im Feme-Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags wurde heute in öffentlicher Verhandlung vom Abg. Kuttner (Soz.) der Bericht über die Vernehmung der Zeugen Schulz und Klapproth erstattet; im Anschluss daran soll über die gesamte bisherige Beweisaufnahme berichtet werden. Der Berichterstatter erklärt, dass sich Schulz bei seiner Vernehmung als ausgezeichnet informiert über die Verhandlungen des Ausschusses gezeigt habe, da ihm im Untersuchungsgefängnis Zeitungslektüre zur Verfügung stand. Seine Aussage weiche in der Wohnungsangelegenheit erheblich von der Aussage des Abg. Meyer ab; nach des letzteren Aussage müßte sich Schulz ein halbes Jahr unangemeldet in Berlin aufgehalten haben. Der Zeuge Klapproth habe sich bei seiner Vernehmung sehr verschlossen gezeigt und eine Erklärung über die kriminalistischen Fälle abgelehnt.

Darauf erstattet Kuttner (Soz.) den Bericht über die gesamte bisherige Beweisaufnahme. Er hob zunächst hervor, daß sein Teilbericht sich nur auf den Fall des Hünstaufenmarktverlebens beziehe. Ueber die Hintergründe und Zusammenhänge der Feme-Morde und des Rüstiner-Busses sei jetzt noch nichts zu sagen, dazu sei das Bild noch zu unvollständig. Die Aussagen der einzelnen Zeugen hätten in den wichtigsten und entscheidendsten Stellen in krassen, unvereinbarem Widerspruch zueinander gestanden. Der Aussage des Oberleutnants Schulz, daß sein unter dem Befehl des Majors Buchrucker stehender Truppenteil beim Rapp-Busch verfassungstreu geblieben sei, müsse widersprochen werden. Tatsächlich habe die wenig zuverlässige Haltung Buchruders Mistorgelegen verschuldet.

Buchrucker habe auch Verordnungen von Vötmich angeordnet und durchgeführt. Schulz habe bei der Schwarzen Reichswehr eine weit über seinen Rang hinausgehende Stellung gehabt, er sei der tatsächliche Leiter und Führer der Schwarzen Reichswehr gewesen. Eine Beteiligung an dem Rüstiner-Buchrucker-Busch konnte Schulz nicht nachgewiesen werden. Es war auch nicht die Aufgabe des Ausschusses, die Berechtigung der Beschuldigung nachzuprüfen, daß Schulz an acht Feme-Morden beteiligt sei. Es sei nicht nachgewiesen, daß die Herren Meyer und Behrens keine Kenntnis von der Zugehörigkeit des Schulz zur Schwarzen Reichswehr hatten. Beide seien auch nach Rüstern gefahren, um sich zu überzeugen, ob gegen Schulz etwas vorliege. Schulz hat die Gebrüder Klapproth im Verband als Pader untergebracht, und er wußte, daß beide von der Schwarzen Reichswehr kamen.

Der Ausschuss für nationale Aufklärung

war nur eine Truppe; über das Konto sind alle möglichen Beträge gegangen; Schulz war die Mitterwaltung eingeräumt. Beträge konnte er nur mit der Unterschrift des Abgeordneten Meyer abheben. Strittig sei die Frage des Wohnungswechsels von Schulz und auch der Zeitpunkt des Wohnungswechsels.

Der Matteotti-Prozess.

Matteotti soll die Faschisten provoziert haben!

Heute beginnt in Chiati der Matteotti-Prozess. Wie verlautet, haben die römischen Blätter Anweisung erhalten, nur kurz und ohne sensationelle Aufmachung zu berichten. Den faschistischen Blättern zufolge wird die Verteidigung der Angeklagten den Nachweis zu erbringen versuchen, daß das patriotische Gefühl und die faschistische Partei sich nicht an Matteotti in seiner Eigenschaft als Abgeordneter vergriffen hätten, sondern nur an den Umstürzler und Sozialisten Matteotti. Außerdem habe man nicht die Absicht gehabt, Matteotti zu töten, sondern ihm nur eine Lektion erteilen wollen.

Mussolinis Mißfaul.

Cesare Rossi, ehemaliger Pressesekretär der Ministerpräsidentschaft, Mitglied des faschistischen Direktoriums und Ehrencorporal der Miliz, ist inzwischen ins Ausland entwichen. Er war zehn Jahre lang, vom Kriegsbeginn bis zum Morde, Mussolini in enger Mitarbeiterenschaft verbunden gewesen. Sofort nach dem Morde aber wurde er abgesetzt und aller Ämter entsetzt. Vier Tage nach der Mordtat schrieb er Mussolini folgenden Brief, den die „Weltbühne“ veröffentlicht:

„Ich brauche Dich wohl nicht besonders darauf aufmerksam zu machen, daß Du gleichwohl verloren wärest, und mit Dir leider auch das Regime, wenn der von Dir bis heute bewiesene entschlossene Synismus und die Verwirrung, der Du gerade in dem Augenblick anheimfällst, wo Du berufen warst, die Lage zu beherrschen. Dich dazu verleiten sollten, meine Befehlsgewalt zu befehlen, denn meine langen, ausführlichen belegten Erklärungen sind bereits in den Händen meiner vertrauten und verlässlichen Freunde. Nicht unerwähnen, aber wegen der hohen Interessen, zu deren Wahrung Italien uns vertrauensvoll berufen hat, ist nötig, daß wir uns verständigen. An Dir ist es, diese Verständigung in die Wege zu leiten. An Dir ist es, diese Verständigung in die Wege zu leiten. An Dir ist es, diese Verständigung in die Wege zu leiten. An Dir ist es, diese Verständigung in die Wege zu leiten.“

Neun Tage später ging Rossi freiwillig ins Gefängnis, nachdem er seinem Freunde Virgili das Memorial übergeben hatte, das seine Anklagen gegen Mussolini wiederholt und befestigt. In diesem Memorial steht der lapidare Satz:

„Alles, was geschehen ist, ist entweder nach direktem Willen des Duce oder mit seiner Billigung oder unter seiner Mithilfe geschehen.“

In der Justizkomödie von Chiati wird natürlich von diesen Anklagen Rossis keine Rede sein — aber sie werden darum nicht verstummen!

Die Ausbürgerungen.

Die Kommission zur Prüfung des Verhaltens der politischen Emigranten hat Material über folgende Personen zusammengestellt: den ehemaligen Direktor des „Popolo“ Donati in Paris, den ehemaligen Direktor des „Nuovo Paese“ Vazzi in Rizza, den ehemaligen sozialistischen Abgeordneten Lonello in Lugano. Außerdem soll das Verfahren eingeleitet werden gegen den sozialistischen Abgeordneten Bacica in Amerika und mehrere „ehemalige“ Journalisten oppositioneller Richtung, deren Blätter unterdrückt wurden.

Hugenberg und Nicolai. In einer wortreichen Artikelserie, die er in seiner Zeitungspublizistik veröffentlicht, versichert Hugenberg, er habe nur einmal zur Zeit der Nationalversammlung eine schätzbare Begegnung mit dem Obersten Nicolai gehabt und unterhalte keine Beziehungen zu ihm.

Der frühere preussische Handelsminister, Landtagsabgeordneter Genosse Siering, ist zum Landrat in Rauen ernannt worden.

Die Londoner Vertreter deutscher Blätter und Nachrichtenagenturen haben sich zu einer Vereinigung der deutschen Presse Londons zusammengeschlossen. Sie hatten ihre Gründung mit einem Essen begangen, an dem der deutsche Botschafter Dr. Schamer und die Herren der deutschen Botschaft als Ehrengäste teilnahmen.

Die gestrigen Einzelnungen.

In den Abendstunden war gestern der Andrang zu den Einzelnungen stellenweise so stark, daß viele unverrichteter Sache wieder umkehren mußten. Noch um acht Uhr kamen Leute, die sich eintragen wollten, sie mußten zu ihrem Schrecken merken, daß bereits eine lange Schlange anstand. In der Scharnweberstraße in Lichtenberg reichte die Schlange bis auf die Straße. Das Warten mag un bequem sein, aber es sollte niemand abhalten, doch noch seine Pflicht zu tun. — Um dieselbe Zeit hielten unsere Lichtenberger Genossen eine Versammlung in der Scharnweberstraße ab, in der der Genosse Krille sprach. In der eindringlichsten Weise forderte er die Anwesenden auf, die letzten Tage noch rührig tätig zu sein, da es darum geht, den Fürsten und ihren Anhängern eine vernichtende Niederlage beizubringen. Die Säumnigen müssen herangeholt werden. Die Frauen müssen am Tage gehen und die Abendstunden für die Männer freilassen.

Auch in Roabit und dem Tiergartenviertel zeigte der gestrige Tag eine nicht viel geringere Lebhaftigkeit als der Sonntag. Von allen Seiten strömten die Einzelnungsbedürftigen in die Lokale, um ihrer Pflicht zu genügen. Es gibt in diesem Bezirk wohl nicht eine Familie, in der nicht irgendein Einzelnungsbedürftiger sein Botum gegen den Fürstenraub abgegeben hat. Das will in diesem Bezirk, in dem die antirepublikanischen Parteien bekanntlich einen sehr starken Anhang haben, sehr viel sagen. Es war interessant, daß in den Einzelnungstotalen Ledegowstraße und Bochumer Straße in den Anfangsstunden der Montag-Entragung eine Durchschnittsentrtragung von 100 pro Stunde festgestellt wurde, in den späteren Stunden hob sich die Entrtragungsziffer, so daß eine Schätzung von 150 nicht zu hoch ist. Bemerkenswert ist dies dadurch, als es sich hierbei um Bezirke handelt, die einen stark demokratischen Stimmungseinschlag haben.

Aus Reutkolln wird uns berichtet: Trotz der viel kürzeren Entrtragungsdauer an den Wochentagen wie an Sonntagen hat sich gestern in Reutkolln fast die gleiche Zahl eingetragen wie am Sonntag. Partei und Reichsbanner haben ab Sonabend mit einer starken Hausagitation eingeseht. Das Tambourkorps des Reichsbanners marschierte auf den Höfen auf, ein kurzer Alarmwirbel, bis sich die Fenster öffnen und dann sehr der Sprecher ein, die Säumnigen mahnend. Überall wird noch schnell die Entrtragungsdauer bekanntgegeben, das Entrtragungstotal genannt und schon gehts auf den nächsten Hof. Auf den Straßen werden Flugblätter verteilt. Vor den Lokalen hat die Schar der Helfer ihre Tätigkeit vermehrt. Jeder wird angeprochen und hat er sich schon eingetragen, so wird er zur Agitationsarbeit aufgerufen. Unermüdlich führen die Frauen vom Markt und vom Einkauf ganze Scharen anderer Frauen an die Einzelnungstotalen. In vielen Lokalen müssen die Zeichnungswilligen warten.

Reichsbannerpropaganda im Westen.

Eine wirkungsvolle Propaganda für das Volksbegehren betrieb am gestrigen Montag im Westen ein Reichsbannertrupp. Ein Trommler an der Spitze, eilten die Republikaner von Hof zu Hof, von Straßendecke zu Straßendecke, um nach kurzen Alarmtrommeln kurze Versammlungen zu improvisieren. Einer Mahnung an die Pflicht jedes Volksgenossen, den Kampf gegen die fürstlichen Räuber aktiv zu unterstützen, folgte ein Sprechchor mit folgenden Sätzen: „Arbeiter, zeichne dich ein für das Volksbegehren. Keinen Feind den Fürsten! Sie und ihre Mätressen, sollen auch einmal Kohlraben essen. Dem Volke das Blut, den Fürsten der Strid.“ So agitierte man von Straße zu Straße. Auf den Höfen der Hinterhäuser war die Wirkung dieser geschickten Propaganda am stärksten. Kein Fenster blieb geschlossen. Lebhaftige Zustimmungsrufe gaben der Stimmung der Anwohner drastischen Ausdruck.

Selbstmord aus Buch.

In der Heilanstalt und im Hospital Buch nähern sich bei der Entrtragung Schwierigkeiten bemerkbar. Die Anstaltsleitungen haben bisher den Insassen keine Gelegenheit gegeben, sich Entrtragungsdauer zu besorgen. Das städtische Gesundheitsamt sollte sich von der reibungslosen Durchführung der Entrtragungen in den Krankenanstalten schnellstens überzeugen.

Der neue Senderaum der Funkstunde.

Der gestrige Abend hat in der Geschichte der Berliner Funkstunde besondere Bedeutung: mit der Ausführung von „Tristan und Isolde“ fand offiziell die Einweihung des neuen Senderraums, des dritten seit Bestehen der Funkstunde, statt. Der vorige Senderraum (im fünften Stock des Boghauses) war mit Teppichen und Tüchern derart ausgepöckelt, daß jeder Ton unmittelbar und ohne Nachhall direkt ins Mikrophon hineinlang; erreicht wurde damit eine zwar reine, aber doch ziemlich flache Akustik. Im neuen Senderraum im vierten Stock ist der natürliche, auf physikalischen Gesetzen beruhende Doppellang wiedergewonnen. Der Raum hat eine Bodenfläche von 162 Quadratmetern (9x18) und ist vollkommen mit Holz umkleidet. Die Holztafelung besteht aus lebensfähigem abgeperltem Gabsun, das sich durch seine guten akustischen Eigenschaften empfiehlt. Der Fußboden ist mit Linoleum, darüber mit einem Boule-Teppich belegt. Soweit um Abdämpfung nicht verzichtet werden kann, wird sie durch Stoffsoffiten, die von der Decke herabhängend, erreicht. Die Größe des Senderraumes ermöglicht nun endlich auch die Aufstellung funktionsfähiger Instrumente, so die einer klugen Kombination von Harmonium und Orgel; ferner — zum ersten Male in der Welt überhaupt — die einer umfangreichen fließenden Wasseranlage, in der die Geräusche des Bogenstrahls, des Wellengeplätschers und Regengröckels naturähnlich erzeugt werden können.

Eine geschickte Regie hatte gestern den „Tristan“ im Rundfunk auf drei Stunden Spieldauer zusammengestrichen. Trotz großer Striche im Liebesduett und in der Tristanfzene war ein einheitsliches Ganzes geschaffen worden. Aber diese Uebertragung zeigte, daß der Rundfunk für große Orchesteroperen noch nicht den richtigen Ausgleich gefunden hat. Mag sein, daß der Dirigent Selmar Wenrowitz aus Furcht, die Stimmen der Sänger mit dem Orchester zuzudecken, zu zurückhaltend spielte, jedenfalls geschah hier Stellenweise das Umgekehrte wie im Opernhaus: Die menschliche Stimme deckte das Orchester zu. Aber abgesehen von diesen prinzipiellen Bedenken zeigte die Uebertragung hohes Niveau. An erster Stelle stand der produktive Tristan von Jacques Urbus. Sein herrlicher, in allen Lagen ausgeglichener und dunkel gefärbter Tenor eignet sich hervorragend für den Rundfunk. Urbus gibt einen wirklich singenden Tristan, verinnerlicht und ergreifend. Daneben die Holde der Frida Leider und die Brangäne der Emmi Leisner, beide von höchster Gesangsart. Auch die Leier keine Holde von üblichem Heroismus, auch sie verinnerlicht besonders in Liebes- und Scheidungsduett und Bronsgesang als Marke waren von großem Format. Das Orchester unter Wenrowitz entwickelte vor allem in der Einleitung zum ersten und dritten Akt befriedigenden Klang.

Heberfall auf den Posten am Roten Pulverhaus.

Am Montagabend wurde von unbekanntem Tätern auf den Posten am Roten Pulverhaus südlich der Kuhleberner Chauffee ein Heberfall verübt, durch den der auf Posten stehende Reichsbannerkämpfer Dahle schwer verwundet wurde. Dahle erhielt einen Schuß, der den ganzen Körper durchdrang. Die Spandauer Kriminalpolizei und die Beamten des 131. Reviers suchten bis Mitternacht mit einem Spürhund das Gelände ab. Das Ergebnis der Nachforschungen war, daß drei Personen als verdächtig vorläufig festgenommen und der Spandauer Kriminalpolizei zu-

geführt wurden. In ihrer Behausung wurde ein Arabischer beschlaggenommen, der noch eine scharfe Patrone und die Hülle einer abgeschossenen enthielt. Wahrscheinlich handelt es sich um die Tat von Metallsuchern. Die dort gelegenen Schießstände sind das sehr beliebte Arbeitsfeld einer Anzahl Metallsucher, die an den Schießständen nach Patronenhüllen suchen und das Metall dann zu Geld machen. Die Militärverwaltung hat jedoch das Betreten des ihr gehörigen Geländes streng verboten, einmal um Unfälle zu verhüten, dann aber auch, um Diebstählen von Material vorzubeugen, die in früherer Zeit wiederholt vorgekommen sind. Trotz alledem verübten die Sammler immer wieder, sogar abends, bis zu den Schießständen vorzudringen und dort nach Hüllen zu suchen. Die Posten waren deshalb wiederholt streng angewiesen worden, Personen, die sich in verdächtiger Nähe des Jaunes zu schalten machten, fortzuweisen. Offenbar haben nun einige dieser Metallsucher sich wegen des oben näher bezeichneten Verbotes rächen wollen, indem sie einen der Posten an schossen.

Der Fall Hölcher.

Ein Meineidsprozess in einer Zehlendorfer Eheaffäre.

Unter dem Vorsitz des Landgerichtsrichters Dr. Toll begann vor dem Schwurgericht I die Meineidsaffäre des Dr. jur. Hölcher. Angeklagt sind der Hof- und Staatsrat Dr. jur. Emil Hölcher, der Ingenieur Wilhelm Bierbug und der Detektiv Friedrich Szibat, die alle drei des Meineides beschuldigt sind, außerdem Hölcher der Anstiftung zum Meineide, und schließlich Szibat der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung. Der Fall geht zurück auf die Ehescheidungsangelegenheit des seinerzeit im Berliner Außenwesten sehr bekannten Zehlendorfer Frauenarztes und Chirurgen Dr. med. Reinhard Ruckert, der auch im Norden in der Johanniststraße 10 eine Privatklinik unterhält und außerdem eine prominente Stütze der Deutschnationalen Zehlendorfs ist.

Der Arzt Dr. Ruckert in Zehlendorf war seinerzeit Hausarzt bei Hölcher und die beiden Männer freundeten sich bald an. Ruckert wollte sich durchaus von seiner ersten Frau scheiden lassen, weil sie, wie Hölcher aussagte, als ehemalige Verkäuferin nicht gesellschaftsfähig war. Frau Ruckert aber erbeutete sich in Zehlendorf besten Rufes. Da Ruckert sehr zweifelt war, daß er in seiner Ehescheidungsangelegenheit abgewiesen werden würde, versprach ihm sein neuer Freund Dr. Hölcher, sich um Material gegen die Frau zu bemühen. Die Affäre zog sich jahrelang hin. Im Jahre 1923 klagte Dr. Ruckert in einem Zehlendorfer Lokal wieder Bekannten gegenüber, daß er in seiner Ehescheidungsangelegenheit nicht weiterkomme. Da trat der Angeklagte Szibat an Ruckert heran und erbat sich eine Unterredung. Er erbot sich nun, die Frau als Detektiv zu beobachten, wofür er nur den Erlag seiner Auslagen verlangte. Das wurde von Dr. Ruckert angenommen, und bald kam Szibat mit der Mitteilung, daß er die Frau „gekloppt“ habe. Er habe sie nämlich mit einem Herrn, den er später als Bierbug festgestellt habe, in einem Abstrigquartier in der Reichelstraße verschwinden sehen. Die Anklage behauptete, daß das alles zwischen den drei Angeklagten auf Anstiftung Hölchers eine abgetarnte Sache gewesen sei. Jedemfalls beschwor dann Szibat seine Beobachtung, und auch Bierbug betätigte durch seinen Eid, daß er mit einer Dame, die ungewisshaft Frau Dr. Ruckert war, zusammengewesen sei. Da Frau R. dann in dem ihr auferlegten Reinigungsbedienst des bestritt, beschwor auch Hölcher vor dem Kammergericht, daß er sie mit Bierbug aus einem Omnibus habe aussitzen sehen. Die Angeklagte bestritt, sich des Meineides schuldig gemacht zu haben, so daß ein großer Indizienbeweis geführt werden wird. Die Staatsanwaltschaft will den Beweis führen, daß die drei Angeklagten untereinander gut bekannt waren, was von ihnen zum Teil bestritten wird. Die Verhandlungen werden sich über eine ganze Woche hinziehen.

Professor Albrecht zu seinem 70. Geburtstag.

Einer der ältesten und treuesten Vertreter des gemeinsamen und genossenschaftlichen Wohnungsbauens in Deutschland, Professor Dr. h. Albrecht in Lichterfelde-Ost, vollendete heute am 16. März sein 70. Lebensjahr. Schon als Ingenieur-Studient lenkte soziale Probleme und die Neigung zu literarischer Beschäftigung mit ihnen seinen Tätigkeitsort auf das Gebiet der Wohlfahrtsarbeit, der er ein Leben lang treu geblieben ist. Jahrzehntelang hat er die während der Inflation eingegangene „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ geleitet und so in dem ganzen weisheitlichen Komplex der sozialen Fragen, im Wohnungswesen, in der sozialen Hygiene, in der Fabrikfürsorge, in der kommunalen Wohlfahrtsarbeit seine unermüdete Arbeitsfreude sich auswirken lassen. Wer je mit diesem ehrwürdigen und verehrungswürdigen Mann in persönliche Berührung gekommen ist, mußte ihn schätzen und lieben lernen. Zum heutigen Tage sprechen wir den herzlichsten Wunsch aus, daß uns der Jubilar noch recht lange in derselben Frisch erhalten bleiben, und daß er noch einen Teil der Saat, die er ausstreute, reifen sehen möge. — Die Universität Tübingen hat dem Prof. Albrecht zu seinem 70. Geburtstag die Würden eines Ehrendoktors der Staatswissenschaften verliehen.

Wie die hohen Preissteigerungen gemacht werden. Zu dieser in Nr. 121 des „Vorwärts“ veröffentlichten Notiz bittet uns die Firma Bruno Korsch u. Co., Oranienburger Straße 4/5, die auch Geschäft am Alexanderplatz und am Bahnhof Friedrichstraße betreibt, mitzuteilen, daß sie nicht mit der von der Handelsverleumdungsstelle wegen Freistreibererei verurteilten Firma Robert Korsch u. Co., Spreestraße 7, identisch ist. Die Firma Bruno Korsch arbeitet übrigens auch im besten Einvernehmen mit ihren Arbeitnehmern.

Abst. Schwerebühnen! An der Versammlung für Schwerebühnen am Mittwoch, 17. März, abends 7½ Uhr, im Augustbräu, Lindenstr. 3, spricht Genosse Schwarz über: Genl. Reichler ist vorhanden.

Beim der Freiberger für Feuerbekämpfung, Bezirk 14, Reutkolln. An der letzten Generalversammlung sind folgende Delegierte mit 921 gegen 650 Stimmen gewählt worden: Kurt Götter, Albert Bröge, Karl Ballmann, Hans Richter, Rudolf Krüger und Franz Gülich. Sämtliche Delegierte sind für praktische Vereinsarbeit.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Oberkammerwehr. Zu der heute, Dienstag, abend stattfindenden Kundgebung treffen sich sämtliche Mitglieder 7 Uhr am dem Marktplatz. Umerück unter Vorangtritt des Tambourkorps des Reichsbanners.

Jugendveranstaltungen.

Abst. Schwerebühnen! Gebt frühzeitig morgen, Mittwoch, abends um 6 Uhr, an der Halle im Saalbau Friedrichstraße die Mitgliedschaften ab. Das Jugendfest wird morgen, Mittwoch, um 6 Uhr stattfinden. Genosse, die bei der Märzfeier mitwirken, sowie von jedem Bereich ein Vertrauensmann, müssen morgen pünktlich um 6 Uhr im Saalbau Friedrichstraße einfinden sein.

Treffpunkte für die März-Feier, morgen, den 17. März, im Saalbau Friedrichstraße.

West II: 17 Uhr Kleiner Tiergarten. — Rothb II: 7 Uhr Danziger Ude-Oberländer Straße. — Siedl R.-M.: Pünktlich 6 Uhr Gültiger Bahnhof, Unter den Eichen. — Schwerebühnen: Pünktlich 6 Uhr vor dem Formdars-Gebäude. — Schwerebühnen II: 17 Uhr Reichplatz. — Schwerebühnen III: 6 Uhr ABB. — West II: 17 Uhr Bahnhof. — West II: 17 Uhr Postenplatz (auch für Eltern und Parteimitglieder). — West II: 17 Uhr Postenplatz (auch für Eltern und Parteimitglieder). — West II: 17 Uhr Postenplatz (auch für Eltern und Parteimitglieder). — West II: 17 Uhr Postenplatz (auch für Eltern und Parteimitglieder). — West II: 17 Uhr Postenplatz (auch für Eltern und Parteimitglieder).

Der Achtstundentag in Deutschland.

Was Dr. Brauns in London berichtete.

Auf der Londoner Konferenz der Arbeitsminister gab Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Darstellung über den bisherigen Verlauf und den gegenwärtigen Stand der Achtstundentag-Bewegung in Deutschland, wobei er sich auf eine neue amtliche Statistik der Reichsarbeitsverwaltung über die Arbeitszeit in den Tarifverträgen stützte. Bereits im Jahre 1922 habe die deutsche Regierung den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens unterbreitet, der jedoch durch die Instanz gegenstandslos wurde. Deshalb sei die noch geltende Verordnung über die Arbeitszeit im Dezember 1923 erlassen worden, in der die deutsche Regierung nur eine Notgesetzgebung erblickt, die sie sobald wie möglich wieder abzuschaffen beabsichtigt. Im Auslande herrschten falsche Vorstellungen über die in Deutschland tatsächlich übliche Arbeitszeit. Nach der

Statistik der Reichsarbeitsverwaltung

über sämtliche kollektive Arbeitsverträge ergebe sich ein getreues Bild über die normale Arbeitszeit im Januar 1925, ein Bild, das seitdem nicht schlechter, sondern günstiger geworden sei.

Die inzwischen neu abgeschlossenen Tarife bringen auf keinen Fall eine Verlängerung der Arbeitszeit, wohl aber in vielen Fällen eine Verkürzung. Der Statistik unterliegen 7099 Tarifverträge, von denen 785 945 Betriebe mit rund 11,9 Millionen Arbeitnehmern erfasst werden. 6506 von diesen Tarifverträgen, die rund 10,9 Millionen Arbeiter, also über 90 Prozent der Verträge, enthalten Angaben über die Arbeitszeit. Das Ergebnis ist folgendes: Von den durch die Statistik über die Arbeitszeit erfassten rund 10,9 Millionen Arbeitnehmern hatten

1 295 037 eine regelmäßige Arbeitszeit von weniger als 48 Stunden

pro Woche. Die regelmäßige Wochenarbeitszeit von

48 Stunden hatten 8 432 421 Arbeitnehmer.

Eine Arbeitszeit

von mehr als 48 Stunden hatten nur 1 190 635 Arbeiter,

also nur ein Zehntel der von der Statistik erfassten Arbeitnehmern. In diesem Zehntel haben den größten Anteil die landwirtschaftlichen Betriebe. Erst in weitem Abstand dahinter kommt die Metallindustrie. Die Tarifverträge lassen naturgemäß Überstunden zu, die ja auch nach dem Washingtoner Abkommen grundsätzlich gestattet sind. Aus diesem Bild ergibt sich, dass die

Rückkehr zu einem Normalarbeitszeit von 8 Stunden für Deutschland

keineswegs eine Unmöglichkeit darstellt. Infolgedessen ist die deutsche Regierung, insbesondere seit der Besprechung mit vier der auch hier vertretenen Staaten in Bern unausgesetzt an der Arbeit gewesen, um ein neues Arbeitszeitgesetz

zu entwerfen, das wieder zu dem Normalarbeitszeit von 8 Stunden zurückführt. Da für das Washingtoner Abkommen die franzö-

sische Gesetzgebung, wie in Bern hervorgehoben worden war, das Vorbild abgegeben hat, haben wir in Deutschland zunächst den Versuch gemacht, ebenfalls nach diesem Vorbild unsere Gesetzgebung aufzubauen. Das aber hat sich für die deutschen Verhältnisse als unmöglich erwiesen. Wir können nicht zahlreiche Einzelverordnungen erlassen, sondern sind genötigt, den Gesamtkomplex der Fragen in einem einheitlichen Gesetz zu regeln. Bei der Ausarbeitung dieser neuen Vorlage ergab sich weiterhin, dass auch die Besonderheiten der Arbeitszeit, die in der deutschen Gewerbeordnung für Jugendliche, Frauen, Nacht- und Sonntagsarbeit enthalten waren, mit berücksichtigt werden mussten. So ist unsere neue Vorlage zu einem Arbeiterschutzgesetz im weitesten Umfang geworden. Der Kern dieses Gesetzes ist allerdings die Bestimmung über die Arbeitszeit. Der Gesetzentwurf wird noch im Sommer dem Reichskabinett zugehen; er ist so gestaltet, dass auf seiner Grundlage die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch Deutschland erfolgen kann. Wir wollen jedoch auch dann das Gesetz ergehen lassen, wenn wir nicht wünschen, aus irgendwelchen Gründen eine Ratifizierung des Abkommens durch die westeuropäischen Staaten nicht gleichzeitig erfolgen sollte.

In der Tat, in diesem Winter ist das Bild über die Arbeitszeit in Deutschland sehr günstig geworden. Über zwei Millionen Arbeitnehmer haben überhaupt keine Arbeitszeit. Bei den Arbeitnehmern waren Ende Januar dieses Jahres 2 495 000 verfügbare Arbeitskräfte. Auf je 100 Mitglieder der Gewerkschaften entfielen 22,6 Kurzarbeiter, die zum großen Teil nur 24 Stunden in der Woche arbeiten, und in Rheinland-Westfalen gibt es tagelange und wochenlange Ferialschichten. Das hindert die Unternehmer nicht, durch Kündigung der Tarifverträge verlängerte Arbeitszeit zu fordern und bei den beschäftigten Arbeitern Überstunden durchzusetzen.

Wir wollen hier unerörtert lassen, wie viele von den im Januar 1925 geltenden Kollektivverträgen inzwischen gekündigt oder gar abgelaufen sind. Für die Praxis kommt es jedoch nicht auf die formale Festlegung der normalen Arbeitsdauer an, sondern auf die geleistete Arbeitszeit. Da scheint uns denn doch das Bild, das der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in London gab, zu rosig gefärbt. Ein zutreffendes Bild bieten die Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die tatsächliche Arbeitszeit. In der Woche vom 3. bis 8. November 1924 arbeiteten von den durch die Ortsausschüsse des ADGB erfassten Arbeitern: unter 48 Stunden 97 249 Personen, 48 Stunden 973 568 Personen, über 48 bis zu 51 Stunden 157 523 Personen, über 51 bis 54 Stunden 662 631 Personen und über 54 Stunden 252 469 Personen.

Wir behalten uns vor, nach Veröffentlichung der in London bekanntgegebenen Ziffern darauf zurückzukommen. Bemerkenswert ist jedoch nach, dass der grundsätzliche Achtstundentag uns wenig nützt, solange er durch alle möglichen Ausnahmen durchlöchert ist. Dennoch sind wir mit Dr. Brauns darin einverstanden, dass der gesetzliche Achtstundentag in Deutschland herbeizuführen ist.

die Realhöhe dem Stande der Vorkriegszeit anzunähern. Trotzdem stehen in einer großen Anzahl Orte die Bauarbeiterlöhne immer noch weit unter dem Vorkriegsstande. Nichtsdestoweniger haben jetzt die Bauunternehmer

in fast allen Bezirken die Lohnabkommen gekündigt.

Die umfangreichen Kämpfe des vorigen Jahres haben dem Bauergewerksbund nicht den vollen Erfolg gebracht. Sie erforderten große Opfer. Besondere Kampfbeiträge waren notwendig, um den Großkampf nicht ergebnislos abzubrechen. Leider hat ein Teil der Mitglieder bei dieser besonderen Beitragserhebung verweigert, die noch vorhandenen Reserven werden aus dem Bunde entfernt werden müssen. Dieser Großkampf im Bauergewerbe, von größerem Umfange als der Bauarbeiterkampf im Jahre 1910, hat in die Bundestasse große Löcher gerissen. Dazu kam die starke Arbeitslosigkeit in diesem Winter, die dazu führte, die Erwerbslosenunterstützungssätze zu beschneiden und die Bezugszeit zu kürzen. Trotzdem wird der Bauergewerksbund wieder steigen, er muß es, wenn er seine Zukunftsaufgaben erfüllen soll. Der Mitgliederstand des Bundes ist infolge der schlechten Bauaktivität nicht befriedigend. Am Schlusse des Jahres 1923 zählte der Bauergewerksbund 342 000 Mitglieder; dieser Mitgliederstand wird sich erfahrungsgemäß zum Sommer noch mehr steigern. Mit dem kommunistischen Verbände der ausgeschlossenen Bauarbeiter ist wegen dessen Uebertritts zum Bauergewerksbunde verhandelt worden. Der Vorstand und der Beirat des Bundes hielten dabei fest an dem Beschlusse des ordentlichen Bundestages, wonach bei Wiedereintritt in den Bauergewerksbund wohl die frühere Mitgliedschaft im Bunde oder einem seiner Vorgänger nicht aber die Mitgliedschaft im Ausschlossenenverband bei Uebertritt anzuerkennen ist. Der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter hat sich beschließen, sich aufzulösen, ein größerer Teil der Beggelaufenen ist bereits wieder aufgenommen worden. Redner berichtet über einen abgeschlossenen Gegenseitigkeitsvertrag mit der Tschechoslowakei. Dort ist die Bauarbeiterbewegung infolge kommunistischer Umtriebe maßlos zersplittert, jedoch hat der kommunistische Bauarbeiterverband der Tschechoslowakei mit den Kommunisten so bittere Erfahrungen gemacht, daß heute Hoffnung auf eine Wiedervereinigung der Bauarbeiter in der Tschechoslowakei besteht. Internationale Abkommen sind getroffen, um den vom Faschismus gebrachten italienischen Bauarbeitern zu helfen. Der Breslauer Gewerkschaftskongress habe

in der Frage der Industriearbeitsorganisation

nicht voll befriedigt. Wir erwarten jedoch vom Vorstand des ADGB, daß er in der Richtung der in Breslau vorgenommenen Entschlüsse nunmehr auch zugunsten der Schaffung eines vollkommenen Bauergewerksbundes wirken wird.

Der Vorstand des ADGB unterstützt die Bestrebungen, die Porzellanarbeiter und Glasarbeiter zum Fabrikarbeiterverband überzuführen, die Fachgruppe der Töpfer

in unserem Bunde wird später zu entscheiden haben, ob sie — soweit sie nicht für den Bau arbeiten — gleichfalls dem Fabrikarbeiterverband beitreten will. Wir werden aber auch unsere Ansprache auf die Arbeiter in der Sandstein- und Zementindustrie annehmen müssen und erwarten dabei die Mithilfe des Vorstandes vom ADGB. Wichtiges hat dieser Bundestag zu beschließen. Er muß entscheiden, ob die Bauarbeiter gewillt sind, Neuerungen zu schaffen, die den Bauergewerksbund stark und lebenskräftig machen. (Sehhafter Beifall.)

Hierauf referierte der zweite Vorsitzende des Bauergewerksbundes, Nikolaus Bernhardt, über den Reichstagsvertrag und die Schwebewegungen. Darüber werden wir in der Morgenausgabe berichten.

„Zur Betriebsperre bei Hügelmann“ erklärte Herr Josef Braeme, Remeler Str. 80, daß er seit etwa vier Wochen keine Fleischwaren von der Firma Hügelmann bezieht. Er habe in dem Betriebe zwei Jahre als Geselle gearbeitet und ohne daß ihm in dieser Zeit die gerügten Mängel nicht begegnet. Hieran teilt uns der Zentralverband der Fleischer mit: Richtig ist, daß G. zurzeit keine Waren mehr von H. bezieht, unrichtig, daß damals, als er als Geselle bei Hügelmann arbeitete, die gerügten Mängel nicht vorhanden waren. Gerade Braeme war es, der ständig zur Organisation gelaufen kam und sich über außerordentlich lange Arbeitszeit, nämlich bis über 18 Stunden, beklagte. G. wurde dann später in einer Betriebsberatung als Arbeiterratstandidat vorgeschlagen. Die Wahl wurde jedoch von der Firma durch Massenentlassungen unmöglich gemacht. G. hat sich dann so gewandt, daß er mit Hilfe der Firma sein heutiges Geschäft in der Remeler Straße eröffnen konnte.

Aufgehobene Sperre. Die Differenzen zwischen dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten und dem Gewerkschaftsbund Hoppe, Kottbuser Damm 22 (Berliner Rindl), sind beigelegt. Die Sperre ist somit aufgehoben.

Aus der Partei.

Außerordentlicher Parteitag.

Am 7. und 8. März tagte in Sofia ein außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei. Er wurde einberufen, um in der Frage des Ausschlusses von zwei Mitgliedern endgültig Klarheit zu schaffen: Asson Jantoff, der Bruder des früheren Ministerpräsidenten, und D. Kasassoff, der in das erste Ministerium Jantoff, nachdem er an dessen Staatsstreich vom 9. Juni 1923 persönlich teilgenommen, eingetreten war. Als die Sozialdemokratische Partei infolge des immer deutlicher werdenden reaktionären Charakters des Jantoff'schen Regimes im Februar 1924 beschloß, aus der Regierung auszutreten und eine oppositionelle Haltung zu beziehen, machten auch Kasassoff und Asson Jantoff diese politische Wendung mit, es blieb aber immer ein Gegensatz zwischen der großen Mehrheit der Partei und ihnen bestehen. Dieser Gegensatz hat sich in den Kämpfen um Jantoffs Sturz deutlicher ausgeprägt und erreichte den Höhepunkt, als Kasassoff eine Broschüre herausgab, in welcher er sich in Lobeserhebungen für den Staatsstreich vom 9. Juni 1923 erging und besonders die Verdienste Jantoffs und des Militärs hervorhob. In derselben Broschüre erhob Kasassoff gegen viele bekannte Parteigenossen persönlich gehässige Beschuldigungen, weil diese durch ihr entschlossenes Verhalten die Partei von jeder Beteiligung und Verantwortlichkeit an der Tätigkeit des Kabinetts Jantoff befreiten. In zwei Broschüren antwortete die Partei und daran knüpfte sich selbstverständlich weitere Diskussionen, in denen nun nochmals die Beteiligung Kasassoffs an dem Jantoff'schen Staatsstreich, die ohne Wissen der Partei erfolgt war, eingehend erörtert wurde. Der Parteitag hat nun den Ausschluß Kasassoffs und Asson Jantoffs beschlossen.

Badischer Landesparteitag. Der Landesvorstand unserer Partei in Baden beruft den jälligen, ordentlichen Landesparteitag zum 29. und 30. Mai nach Freiburg ein. Neben dem Geschäftsbericht und der Neuwahl des Vorstandes steht auf der Tagesordnung die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts, die Aufstellung von Richtlinien für die Kommunalpolitik, der Bericht der Landtagsfraktion, sowie ein Bericht über die Reichspolitik.

Die holländische Sozialdemokratie berichtet dem Rotterdamer Parteitag über einen erfreulichen Aufstieg. Am 31. Dezember 1925 zählte die holländische Partei 41 221 Mitglieder, darunter 30 883 Männer und 10 338 Frauen. Ein großer Erfolg waren die Juliwahlen. Während noch im Jahre 1918 nur 296 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, stieg die Stimmenzahl der Partei bei den Wahlen 1922 auf 567 700 und im Juli 1925 auf 706 700 — ein Viertel aller abgegebenen Stimmen.

Eugen V. Debs, der große Vorkämpfer der amerikanischen Arbeiterbewegung, der während des Weltkriegs gegen den Eintritt Amerikas in den Krieg kämpfte, war dafür am 12. September 1918 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Gleichzeitig wurde ihm auch das amerikanische Staatsbürgerrecht aberkannt. Nach mehr als zweieinhalb Jahren Gefängnis wurde er Weihnachten 1921 vom Präsidenten Harding amnestiert, aber sein Staatsbürgerrecht erlangte er nicht wieder. Der sozialistische Abg. Victor L. Berger brachte nun im Kongress einen Antrag ein, Debs die Staatsbürgerchaft wieder zuzuerkennen. Die Begründung weist daraufhin, daß Debs viermal der sozialistische Präsidentschaftskandidat gewesen ist und daß in keinem anderen Lande der Welt eine derartige Strafe aus kriegsgegnerrischer Propaganda gesetzt sei. „Es ist lediglich eine Schande für das Land und nicht für Debs, wenn diesem sein Staatsbürgerrecht geraubt bleibt.“ Debs selbst führt gleichzeitig einen erbitterten Kampf um die Amnestierung Anita Whitney, die wegen eines Verstoßes gegen das berüchtigte „criminal syndicalism law“ zu mehrjähriger Kerkerstrafe verurteilt wurde, ohne daß jedoch ihre Richter es bis jetzt gewagt hätten, die Inhaftierung Anita Whitney's anzuordnen.

Verantwortlich für Politik: Nikolaus Bernhardt; Wirtschaft: Walter Götter; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götter; Redaktion: Dr. John Schmalz; Verlags- und Buchhändler: Reichsdruckerei; Anzeigen: Ed. Gieseler; Druck: Reichsdruckerei; Berlin: Reichsdruckerei; Berlin: Reichsdruckerei.

Bundestag des Bauergewerksbundes.

Berlin, den 16. März 1926.

Am Plenarsaal des vorläufigen Reichswirtschaftsrates trat am Montag der außerordentliche Bundestag des Deutschen Bauergewerksbundes zu wichtigen Beratungen zusammen. Der Vorstand und der Beirat des Bauergewerksbundes hatten diesen Bundestag einberufen, um einen Meinungsaustausch herbeizuführen über die nunmehr vorläufig abgeschlossenen Reichstagsverträge, Verhandlungen im Bauergewerbe, zu beurteilen, was bisher geschehen, und Richtlinien für die spätere Taktik festzusetzen. Besonders gilt es auch, Beschlüsse zu fassen, um diese Taktik zu stützen und auf dem Gebiet des Unterstützungswesens Neuregelungen zu treffen, die den Bauergewerksbund auf ein feste Grundlage stellen sollen.

Ramens der Bauergewerkschaft Berlin begrüßte deren Vorsitzender Dr. Brüggemann den Bundestag, er wünschte der Tagung vollen Erfolg. Nach ihm begrüßte der Bundesvorsitzende Fritz Baepow den Bundestag und dessen Gäste. Vom Vorstand des ADGB ist Genosse Belpart anwesend, vom Malerverband Streine, vom Zimmererverband Schumann, vom Dachdeckerverband Thomas, vom Verband der Maschinisten und Heizer Walling; außerdem sind Vertreter des A.F.A.-Bundes und des Futab anwesend. Mit der Leitung des Bundestages werden beauftragt Baepow, Töpfer und Silberstein. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Antrag aus Delitzsch, den Bundestag zu verlagern und Remothen auszuscheiden, unter Heiterkeit einstimmig durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung sind zwei Referenten vorgelesen. Zunächst berichtet über den Stand des Bundes der Bundesvorsitzende Baepow. Auf dem ordentlichen Bundestag 1924 zu Hamburg waren Anzeichen vorhanden, die auf eine Besserung der wirtschaftlichen Zustände hoffen ließen. Wir haben uns getäuscht. Eine nie in solchem Umfange gefamte Wirtschaftskrise durchzittert Deutschland, auch die Bauwirtschaft liegt zurzeit trotz günstiger Witterung danieder. Seit Monaten sind von den Mitgliedern des Bauergewerksbundes

über 40 Prozent der Bauarbeiter arbeitslos.

Auch in den nächsten Monaten werden wir noch mit starker Arbeitslosigkeit rechnen müssen. Die vom Reichsarbeitsminister beabsichtigte Zustandsanleihe zu Bauzwecken ist gescheitert. Man verliert jetzt auf andere Weise einige hundert Millionen Mark für Bauzwecke nutzlos zu machen; der instanzmäßige Weg, den solche Vorhaben durchzuführen haben, dürfte dazu führen, daß die Bauaktivität erst Anfang Juni einigermaßen in Gang kommen würde. Auch im übrigen steht es auf dem Wirtschaftsmarkt trübe aus. Die Unternehmer fordern höhere Arbeitsleistung, Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung. Die Arbeitsleistung ist gegenüber der Vorkriegszeit geringen. Die Stundenlöhne waren im Winter 1923/24 sehr tief gefallen. Erst im Jahre 1925 ist es dem Bauergewerksbund gelungen,

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

A. Behelm - Schwarzbachs
Kaufmännische Privatschule
(Hh. F. Eggert)
Neukölln, Anmeldung, Ganhoferstr. 1
und Berliner Str. 32 (Privatwohnung)
Beginn neuer 1/2-jähriger- und 1-jähriger-
Lehrjahre. — Fernspr.: Neukölln 1043

Gänsefedern
mit allen Daunen zum Selbst Erlösen
Pluso 3.- M. tüchtigste Konkurrenzlos
billig. Preisliste frei.

W. Barowick, Bettfederverband
Neu-Trebbin 34 (Oderbruch).

Lansitzer Platz 16
Nähe Gör-
nitzer Bahnh.
Pumpen-
und Wass-
schlauch-Vertrieb

Sofa
Ruhgarnituren
Ruhbetten, Wohn-
betten, Metallbetten,
Küchengeräte
billig aus eig.
Werkh. Au'arbeitung
nach Maß
Lichterfeld, Neukölln
Gartenstr. 20.

Mieten Sie
von uns



Waschmaschine
in 6 Monaten
Ihr Eigentum!

Raddatz & Co.
Berlin W. 66, Leipzigerstr. 122-123.

Besonders billigt



URANIA

Monatshefte für
Naturkenntnis und
Gesellschaftslehre

Gratis-Prospekte durch d. Annehmst.
und die Botenhäuser des Vorwärts

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N24, Eisässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 6525 u. 6526 | Landhausstraße 4. Tel.: Platzbur- 5834

Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften



Trauringe
zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
- 58-59 u. 60-61 Str. auf Layer -

Herstellte
erhält

Des. geschätzt **Hermann Wiese, Berlin** N 24, Artilleriestr. 30
W, Passauer Straße 12